

Eckpunkte für ein Soziales, Ökologisches und Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz

DIE LINKE.Rheinland-Pfalz setzt ihrer Politik mit diesen Eckpunkten einen vorläufigen Forderungs- und Handlungsrahmen für die Landes- und Regionalpolitik. Dieser Rahmen ist nicht abschließend oder ausschließlich zu verstehen und soll für Präzisierungen und Fortschreibungen durch die zuständigen Parteigremien offen bleiben.

1. Energiewende jetzt

DIE LINKE.Rheinland-Pfalz fordert den unumkehrbaren und zügigen Ausbau erneuerbarer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie aus in- und ausländischer Erzeugung. Die nachhaltige ökologische und Erzeugung von Energie, ein entsprechender Umbau aller vorhandenen Energieerzeugungs- und Versorgungselemente im Land, sowie der Erhalt und Ausbau umweltverträglicher Verteilungsstrukturen und -Netze verlangt nach Öffentlich-Rechtlichen und Kommunalen Eigentumsformen und die Rekommunalisierung der privatisierten Energieerzeugungs- und Verteilungsstrukturen. Kleinräumige und Verbrauchsstellennahe Formen der Energieerzeugung und – Verteilung sind besonders zu fördern.

Umweltfreundliche und nachhaltige Energieerzeugung und –Verteilung mit erschwinglichen Preisen für die Endverbraucher dient der kollektiven Daseinsvorsorge, der Sozialität und der Kultur der Menschen und darf deshalb nicht länger Gegenstand privaten Gewinnstrebens sein.

Das Land Rheinland-Pfalz hat mit angemessenen Aktivitäten auf Bundesebene alle für eine derartige Energiewende erforderlichen Voraussetzungen zu unterstützen bzw. zu schaffen, Hindernisse zu beseitigen und nachhaltig zu gewährleisten, sowie entsprechende kommunale und regionale Aktivitäten durch eigene Landesgesetzgebung, sowie durch hinreichende materielle und ideeller Förderung anzustoßen, voran zu treiben und nachhaltig zu sichern. Dabei ist gegenüber den Gemeinden das Konnexitätsprinzip einzuhalten.

DIE LINKE.Rheinland-Pfalz will bis zum Jahre 2020 in unserem Bundesland eine entsprechende Energiewende unter öffentlicher Regie und demokratischer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. Alle essentiellen Maßnahmen müssen gesetzlich abgesichert werden. Denn die politische Erfahrung lehrt, dass verbale Absichtserklärungen und unverbindliche Selbstverpflichtungen der gegenwärtigen Energieversorger und –Verteiler nicht ausreichend vertrauenswürdig sind.

2. Das Schulchaos beenden – Eine Schule für Alle

Ein gut funktionierendes und sozial gerechtes Schulsystem ist ein unverzichtbares Element jeden demokratischen Gemeinwesens und maßgeblich für die Entwicklung von Gesellschaft und Kultur. Deshalb will **DIE LINKE.**Rheinland-Pfalz will das bestehende Schulchaos beenden. Wir fordern die integrierte Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 als Regelschulform. Eine „gute“ schulische Bildung ist ein unabdingbares Grundrecht für alle Menschen. Die gegenwärtig in der Schule immer mehr Platz greifende soziale Auslese im Bildungssystem muss beendet werden. Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit für alle muss gewährleistet sein. Um dies zu erreichen, müssen die öffentlichen Investitionen in frühkindliche Bildung- und Erziehung, Schule und Hochschule und alle anderen konstituierenden Elemente des Allgemeinen Bildungs- und Erziehungswesens wesentlich ausgeweitet werden. Für die Schule bedeutet dies den „Lehrermangel“ endlich zu beseitigen und Unterrichtsausfälle auf das Unvermeidliche zu minimieren.

3. Gute gesundheitliche Versorgung ist Menschenrecht

Eine quantitativ und qualitativ „gute“ und flächendeckende gesundheitliche Grundversorgung auf der Höhe der Zeit ist ein unabdingbarer Teil der Sozialen Gerechtigkeit und muss deshalb auch in Rheinland-Pfalz gesichert werden. Gesundheit ist keine Ware und das Gesundheitliche Versorgungssystem darf nicht sozialen und materiellen Privilegien und „Klassenstrukturen“ unterworfen sein.

45 Ein so soziales und demokratisches Gesundheitliches Versorgungssystem bedarf der planmäßigen Ent-
46 wicklung und demokratischer Kontrolle und Steuerung durch die gesellschaftliche Basis in den Kommunen
47 und Regionen. Dazu fehlen bislang die dazu notwendigen demokratisch verfassten Gremien und Institutio-
48 nen. Diese sind so schnell wie möglich zu schaffen.

49 Nur mit einem flächendeckenden Grundstock von kommunalen und Öffentlich-Rechtlichen Krankenhäuser
50 und Kliniken kann eine demokratisch konstituierte planmäßige Entwicklung und nachhaltige Gestaltung des
51 gesundheitlichen Versorgungssystems im vordringlichen Interesse der Bürgerinnen und Bürger gewährleis-
52 tet werden - und nur so kann nachhaltig verhindert werden, dass sich private Gewinninteressen zu Lasten
53 der unabdingbaren Rechte aller Menschen auf eine „gute“ und bezahlbare gesundheitliche Versorgung im
54 Gesundheitswesen durchsetzen können. Private Krankenhäuser und Kliniken sind in erster Linie an Ge-
55 winnen orientiert und lassen sich auch durch gesetzliche Vorgaben nur begrenzt auf das Gemeinwohl ver-
56 pflichten. Die Privatisierung von Krankenhäusern transferiert überdies mittelbar in großem Ausmaß Beiträ-
57 ge der Gesetzlichen Krankenversicherung in Dividende und Gewinncoupons für private Investoren und
58 zerstört die flächendeckende medizinische Grundversorgung.

59 Weil die Privatisierung“ und das „Sterben“ der kommunalen Krankenhäuser und Kliniken in Rheinland-Pfalz
60 schon sehr weit fortgeschritten ist, muss eine zügige „Rekommunalisierung“ von Kliniken und Krankenhäu-
61 sern zur Sicherstellung der gesundheitlichen Grundversorgung alsbald in Angriff genommen werden. Bei
62 der Planung und beim Neubau von Krankenhäusern ist dem „umgekehrten Subsidiaritätsprinzip“ zu folgen:
63 Kommunalen und Öffentlich Rechtlichen Krankenhäusern und Kliniken ist nach Maßgabe der Möglichkei-
64 ten stets Vorrang einzuräumen. Die Kommunen und Regionen sind entsprechend durch das Land materiell
65 und ideell zu fördern.

66 Das Unfallrettungs- und Krankentransportsystem in Rheinland-Pfalz befindet sich fast ausschließlich in der
67 Verfügungsgewalt von Gewinnorientierten Privatunternehmen oder Sozialkonzern der so genannten „freien
68 Wohnfahrtspflege“ - obwohl diese Sozialen Dienste ausschließlich aus Mitteln der Öffentlichen Daseinsvor-
69 sorge getragen werden. Auch In diesem Bereich des Gesundheitswesens sind neue und nachhaltige Kon-
70 zepte der „Rekommunalisierung“ und der Öffentlich-Rechtlichen Trägerschaft zu entwickeln, die mehr de-
71 mokratische Kontrolle, Planung und Mitwirkung durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen und private
72 Gewinnmaximierung verhindern.

73 **4. Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz**

74 Die Landesregierung muss endlich durchsetzen, dass Rheinland-Pfalz atomwaffenfrei wird und die verblie-
75 benen Atomwaffen aus Büchel/Eifel abgezogen und vernichtet werden. **DIE LINKE.**Rheinland-Pfalz ist un-
76 trennbar Teil der Friedensbewegung. Wir fordern die umfassende Entmilitarisierung unseres Landes. Diese
77 muss von einer effektiven und geplanten und regional wirksamen Konversion für alle zu schließenden Mili-
78 tärbereiche begleitet werden. Die noch in Betrieb befindlichen Kriegsflughäfen Büchel, Spangdahlem und
79 Ramstein müssen so schnell wie geschlossen werden. Alle dabei anfallenden Konversionsmaßnahmen
80 müssen am Gemeinwohl und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sein und ihre Existenz mit „gu-
81 ten“ Arbeitsplätzen nachhaltig sichern, anstatt sie und andere Tag für Tag mit Krieg, Mord und Gewalt zu
82 konfrontieren und zu bedrohen. Getreu dem Grundgesetz dürfen unter keinen Umständen von Rheinland-
83 Pfalz aus Kriege, kriegsähnliche Handlungen oder ähnlich Auseinandersetzungen vorbereitet, unterstützt,
84 oder geführt werden - wie das leider seit vielen Jahren beispielsweise in Bezug auf den Irak, Afghanistan
85 und Libyen gegen unser Grundgesetz immer wieder geschehen ist und noch geschieht.

86 **5. Leuchtturmprojekte der Landesregierung**

87 **Flughafen Hahn im Hunsrück mit Hochmoselübergang**

88 Die schleichende Remilitarisierung des Frachtflughafens Hahn muss ohne Wenn und Aber unterbunden
89 werden. Es kann nicht hingenommen werden, dass ein ziviler Airport wie der Hahn zur Verschleierung sei-
90 ner Unrentabilität in zunehmendem Ausmaß als militärlogistische Drehscheibe für Kriege missbraucht wird
91 und auf diese Weise Millionen Steuermittel an den Parlamenten vorbei in militärische Kanäle fehlgeleitet
92 werden.

93 **DIE LINKE.** lehnt alle Bestrebungen ab, den unrentablen Airport Hahn nach dem Vorbild des gescheiterten
94 Nürburgring-Projekts zu privatisieren. Dies kann für den Hunsrück Airport keine nachhaltige Perspektive
95 schaffen und muss im Falle des Mislingens zu noch größerer Vergeudung von Steuermillionen führen.

96 **DIE LINKE.** Rheinland-Pfalz unterstützt die aktuellen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger der Huns-
97 rück-Region nach einem grundsätzlichen Nachtflugverbot am Hahn zum Schutz der Gesundheit und Le-
98 bensqualität für die dort lebenden Menschen. Wir widersprechen allen Versuchen der rot-grünen Landes-
99 regierung, mit scheinheiligen Lärmschutzargumenten für Mainz und Rheinhessen, Nachtflugverkehr auf
100 dem Rücken der Menschen im Hunsrück und an der Mosel von Rhein-Main-Frankfurt zum Hunsrück Air-
101 port Hahn abzuwerben.

102 Wir verlangen die sofortige Beendigung der verdeckten Subventionierung des Billigfliegers Ryanair mit
103 jährlich wachsenden Steuermillionen in Form von Investitionen in die Infrastruktur und wachsende Zu-
104 schüsse zum laufenden Betrieb des Flughafens Hahn. Dieses für das Land unzumutbar Verlustträchtige
105 Millionengrab muss schnellstmöglich geschlossen werden. Als Alternative zum Fortbestand Flughafens
106 verlangt **DIE LINKE** die unverzügliche Vorlage eines regionalen Entwicklungs- und Strukturkonzepts, das
107 den mit der Schließung verbundenen Verlust der Arbeitsplätze für die Beschäftigten vor Ort und in der Re-
108 gion eine ausreichende Zahl „guter“ und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze bieten muss, von de-
109 nen sie und ihre Angehörigen zukunftssicher leben können.

110 Der von der Bevölkerung in der Region abgelehnte Hochmoselübergang befriedigt keinen vom Hunsrück
111 Airport Hahn unabhängigen Verkehrsbedarf. Der Betongigant über die Mosel wird die Steuerzahler mehr
112 als eine halbe Milliarde Euro kosten und dient ausschließlich der Anbindung eines auch nach der Fertig-
113 stellung dieser kostenträchtigen Brücke nach wie vor unwirtschaftlichen Airports an das mitteleuropäische
114 Autobahn- und Fernstraßennetz in Richtung Norden.

115 Der Hochmoselübergang inmitten eines der bekanntesten Weinanbaugebiete Mitteleuropas gefährdet ü-
116 berdies massiv den Tourismus als traditionelle ökonomische Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung
117 und bringt völlig unkalkulierbare ökologische Schäden mit sich. Die unzumutbar teure Straßenanbindung
118 des Flughafens Hahn kommt einer zusätzlichen öffentlichen Subventionierung des privaten Flugbetriebs
119 gleich. **DIE LINKE.** Rheinland-Pfalz erklärt sich solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Initi-
120 ativen, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensqualität und ihrer Zukunftsperspektiven durch den
121 Hochmoselübergang wehren.

122 **Nürburgring**

123 Wir verlangen von der rot-grünen Landesregierung eine vollständige Aufklärung der Nürburgringaffäre und
124 des Finanzskandals. Die Aufdeckung der Verstrickung ehemaliger der Noch-Mitglieder der Landesregie-
125 rung und der Ministerialverwaltung mit mafiösen Strukturen von vorgeblichen Investoren und Betreibern
126 des gescheiterten „Leuchtturmprojektes“ der Landesregierung. Das Freizeitparkprojekt am Nürburgring
127 muss so schnell wie möglich ersatzlos eingestellt werden und die Zahlung weiterer Öffentlicher Gelder an
128 private Betreiber und vorgebliche Privatinvestoren nach Maßgabe der rechtlichen Möglichkeiten unterblei-
129 ben.

130 **6. Umfassendes Informationsfreiheitsgesetz und Whistleblowing**

131 **DIE LINKE.** Rheinland-Pfalz fordert ein umfassendes Landes-Informationsfreiheitsgesetz, mit klar definier-
132 ten und verständlichen Rechtsansprüchen für alle Bürgerinnen und Bürger. Schlupflöcher in den geltenden
133 gesetzlichen Regelungen müssen geschlossen und nach einer unabhängigen Evaluierung gründlich über-
134 arbeitet und von den zahllosen Ausnahmeregelungen befreit werden. Ziel ist der freie Zugriff auf alle Infor-
135 mationen, Ausbau des E-Government und vollständige Transparenz für die Betroffenen bei der Speiche-
136 rung ihrer personenbezogenen Daten. In diesem Zusammenhang ist das Land darüber nachdrücklich
137 durch **DIE LINKE.RLP** aufgefordert, den auch nach der europäischen Rechtsprechung dringend erforderli-
138 chen Schutz für „Whistleblower“ in allen gesellschaftlichen Bereichen sicher zu stellen. Whistleblower sind
139 keine verfolgungswürdigen „Nestbeschmutzer“ oder „Denunzianten“, sondern handeln mutig und uneigen-
140 nützig, um die Grundrechte aller Menschen und das Interesse der Allgemeinheit sicher zu stellen.

141 **7. Städte, Kreise und Gemeinden sind Rückgrat der demokratischen Gesellschaft**

142 Jede demokratische Gesellschaft steht und fällt mit ihren Städten und Gemeinden. Ohne diese kann sich
143 kein friedliches und freiheitliches Gemeinwesen konstituieren kann und die notwendige Soziale Gerechtig-
144 keit für alle Menschen kann sich nicht entfalten. Denn nur in der Sozialität und dem kulturellen Leben de-
145 mokratisch verfasster Städte und Gemeinden können die Menschen die Bedingungen finden, die sie zur
146 Entfaltung ihrer individuellen und sozialen Kräfte und ihrer Kreativität benötigen. Ein Land, das seine Städ-
147 te und Gemeinden dauerhaft verkommen lässt und es versäumt, ihnen die erforderlichen nachhaltige Exis-
148 tenz-, Funktions- und Entwicklungsbedingungen zu bieten, zerstört seine eigene Zukunftsperspektive.

149 **DIE LINKE** geht davon aus, dass es unabdingbare Pflicht des Landes ist, seinen Städten Kreisen und Ge-
150 meinden die notwendigen materiellen und ideellen Existenzbedingen Bedingungen zu gewähren und nach-
151 haltig zu garantieren. Die gerade heute besonders wichtige Forderung Willy Brandts, mehr Demokratie zu
152 wagen und diese zu sichern und zu erhalten fängt an der Basis des Gemeinwesens, in den Städten, Krei-
153 sen und Gemeinden an. Genau dies fordert die **LINKE** mit großem Nachdruck ein. Dass unsere Kommu-
154 nen vor allem aus finanziellen Gründen heute kaum noch handlungsfähig sind, und jeden Entscheidungs-
155 spielraum für eine demokratische Politik und für die Herstellung die Garantie von mehr Sozialer Gerechtig-
156 keit verloren haben, hat nichts mit der gegenwärtigen weltweiten Krise und dem in der Politik alles dominie-
157 renden Neoliberalismus zu tun. Neoliberale Politik und durch die Profitgier des Internationalen Finanzkapi-
158 tals verursachte weltweite Wirtschafts- und Finanzkrisen verstärken allerdings die grundlegende Misere bis
159 ins Unerträgliche.

160 Die tieferen Ursachen der überall zutage tretenden Handlungsunfähigkeit und gestalterischen Lähmung der
161 Städte Kreise und Gemeinden sind struktureller Art und liegen weit in den 1980er Jahre zurück. U. a. aus
162 kurzsichtigem Eigennutz haben Bund und Länder über Jahrzehnte teilweise vorsätzlich versäumt, die Städ-
163 te und Gemeinden finanziell nachhaltig zu sichern und so auszustatten, dass diese die vielfältigen und die
164 Demokratie und den Sozialstaat an der Basis der Gesellschaft konstituierenden gestalterischen und ver-
165 waltenden Aufgaben angemessen ausfüllen können, obwohl dies durch das Grundgesetz vorgegeben ist.

166 Im Gegenteil: Der Bund und auch das Bundesland Rheinland-Pfalz haben durch permanente Übertragung
167 neuer und zusätzlicher Aufgaben und die damit verbundene stetige Missachtung des Konnexitätsprinzips
168 die gegenwärtigen Handlungsunfähigkeit der Kommunalen Selbstverwaltung entscheidend mit herbeige-
169 führt. Dies muss endlich ein Ende haben, wenn die Basis unserer Demokratie nicht daran zerbrechen soll.
170 **DIE LINKE** fordert deshalb von den politischen Gremien und Verantwortlichen des Landes Rheinland-
171 Pfalz, dass sie alles unternehmen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Städte, Kreise und
172 Gemeinden auch finanziell wieder herzustellen und nachhaltig für die Zukunft zu sichern und wo möglich
173 auszubauen. Das strukturelle Defizit der Kommunalfinanzierung muss endlich aufgehoben werden. Die
174 eigenständigen Steuer- und Einnahmequellen der Kommunen müssen stabilisiert und ausgeweitet werden.
175 Um die Konjunkturabhängigkeit des gemeindlichen Handlungs- und Aktivitätsbereichs zu garantieren,
176 muss das Land über ein einheitliches Gemeindefinanzierungsgesetz verpflichtet werden, einen ausrei-
177 chenden finanziellen und stetig wachsenden „Grundstock“ für alle Kommunen bereit zu stellen. Dass **DIE**
178 **LINKE** hinsichtlich der Zuweisung neuer Aufgaben staatlicherseits auf strikter und transparenter Einhaltung
179 des Konnexitätsprinzips besteht, liegt auf der Hand.

180 Auch in Rheinland-Pfalz ist ein einheitliches Gemeindefinanzierungsgesetz dringend erforderlich, das die
181 Pflichten des Landes, die Lebens- und Handlungsfähigkeit seiner Städte, Kreise und Gemeinden jederzeit
182 und nachhaltig finanziell gewährleistet und überschaubar und nachvollziehbar zusammenfasst. Die unab-
183 dingbare Pflicht des Landes die gestalterischen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeindefinanzierung
184 nachhaltig sicherzustellen, darf weder in Gänze noch in einzelnen Teilen aus vorgeblichen Finan-
185 zierungsnöten oder aus mangelndem politischen Durchblick oder aus Bequemlichkeit und Opportunismus
186 der an den Bund abgegeben werden. **DIE LINKE**.Rheinland-Pfalz bekennt sich auch in diesem Sinne
187 nachdrücklich zum Föderalismus, der für die soziale Demokratie eine unersetzliche konstituierende Bedeu-
188 tung hat. Deshalb strebt die **LINKE** an, die finanzielle Erhaltungs- und Förderungspflicht des Landes ge-
189 genüber den Kommunen in der Landesverfassung zu verankern.

190 **DIE LINKE** lehnt Lohn- und Gehaltskürzungen, sowie Einschränkungen der Sozialleistungen für die Be-
191 schäftigten des Öffentlichen Dienstes und alle Stellenabbaubestrebungen in der Öffentlichen Verwaltung

192 und den Öffentlichen Dienstleistungsbereichen strikt ab. Die öffentlichen Haushalte dürfen auf keinen Fall
193 auf dem Rücken der Beschäftigten „saniert“ werden. Dies ist schon deshalb unverantwortlich, weil eine sol-
194 che Politik immer zu Lasten der kollektiven Daseinsvorsorge für alle und der anderen freiwilligen Leistungen
195 des Landes und der Kommunen führen muss.

196 Die so genannte Schuldenbremse wird von der **LINKEN** auch deshalb abgelehnt, weil sie besonders die
197 Menschen mit kleinerem Einkommen trifft und die Soziale Gerechtigkeit massiv beeinträchtigt. Ein leis-
198 tungsfähiger, gut funktionierender und hoch motivierter öffentlicher Dienst ist für die demokratisch kontrol-
199 lierte öffentliche Daseinsvorsorge völlig unverzichtbar.

200 **DIE LINKE** lehnt alle Formen von Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen entschieden ab, weil sie we-
201 sentliche Elemente der kollektiven Daseinsvorsorge privatem Gewinnstreben unterwirft und für die Bürge-
202 rinnen und Bürger nicht nur aktuell sondern auch nachhaltig zu erheblichen Verschlechterungen der Le-
203 bensumstände führt. Wir fordern die Rekommunalisierung und Wiederherstellung aller Öffentlich-
204 Rechtlichen Eigentums- und Kontrollformen im Öffentlichen Dienstleistungs- und Planungsbereich und ih-
205 ren nachhaltigen Ausbau zur Förderung, zum Erhalt und zum Ausbau der Sozialen Demokratie und Ge-
206 rechtigkeit. Deshalb wollen wir auch auf allen politischen Ebenen Widerstand gegen die von allen anderen
207 politischen Parteien mehr oder weniger offen angestrebte Wiederherstellung der Klassengesellschaft des
208 19. Jahrhunderts leisten. Eine gesplante Gesellschaft gefährdet den sozialen Frieden und die Zukunft
209 aller gesellschaftlichen Schichten. Dabei wollen wir mit den Gewerkschaften, aber ebenso mit allen Initiati-
210 ven der Bürgerinnen und Bürger solidarisch zusammenarbeiten, die die soziale Demokratie verteidigen und
211 verbreitern wollen.

212 Der von der Landesregierung zum Beitritt bereit gestellte Kommunale Entschuldungsfonds ist eine komple-
213 xe Angelegenheit. Jede kategorische Haltung dazu wird den höchst unterschiedlichen Ausgangslagen in
214 den Kommunen nicht gerecht. Die Forderung nach kommunalen Entschuldungsfonds gehört zwar seit Jah-
215 ren zu den Standardforderungen linker Kommunalwahlprogramme, aber es bei allen diesbezüglichen Ent-
216 scheidungen stets zu überdenken, zu welchen Konditionen derartige Konzepte umgesetzt werden. Die
217 kommunalen Mandatsträger der **LINKEN**. Rheinland-Pfalz können sich an den folgenden Roten Haltelinien
218 orientieren:

- 219 • **Linke Mandatsträger** lassen sich unter keinen Umständen auch in dieser Frage von kommunalen
220 Verwaltungen unter Zugzwang oder Zeitdruck setzen. Die Beitrittsfrist der Kommunen zum Entschul-
221 dungsfonds endet nicht – wie immer wieder behauptet – am 31.12.2011 sondern erst Ende 2012. In
222 dieser Zeit müssen die jeweiligen Kommunalverwaltungen detailliert und umfassend über die geplante
223 Finanzierung des kommunalen Eigenanteils informieren und diskutieren können, um den Räten eine
224 sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen.
- 225 • **Linke Mandatsträger** lehnen alle „Ermächtigungsbeschlüsse“ für Verwaltungen ab, die darauf abzie-
226 len, Verhandlungen zwischen Kommunalverwaltungen und Landesregierung ohne Beteiligung der de-
227 mokratisch legitimierten durchzuführen. Vor einem Beitritt zum Entschuldungsfonds muss klar auf dem
228 Tisch liegen, mit welchen konkreten Kürzungen kommunale Anteile finanziert werden sollen.
- 229 • **Linke Mandatsträger** können einem Beitritt zum Entschuldungsfonds nur dann zustimmen, wenn die
230 kommunale Daseinsvorsorge in öffentlich-rechtlicher Hand verbleibt, die Rekommunalisierung bereits
231 privatisierter Unternehmen nicht behindert wird, Kürzungen bei freiwilligen Leistungen im sozialen, öko-
232 logischen und kulturellen Bereich ausgeschlossen sind und die Investitionsfähigkeit der Kommunen in
233 sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, Bildung, Infrastruktur und menschengerechte Stadt- und
234 Gemeindeentwicklung uneingeschränkt erhalten bleibt.

235
236 Boppard/Rhein am 13. November 2011.